



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: Ombudsman BL - Jahresbericht 2010

Datum: Juni 2011

Nummer: 2011-040_08

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

2011/40-8

Jahresbericht 2010

Ombudsman des Kantons Basel-Landschaft

Ombudsman	Franz Bloch
Stellvertreterin des Ombudsman	Birgitta Rebsamen
Mitarbeiterinnen	Evelina Cereghetti Josy Lachat
Büro	Rheinstrasse 28, 4410 Liestal
Postadresse	Postfach 214, 4410 Liestal
Telefon	061 552 62 90
Telefax	061 921 99 19
E-Mail	vorname.name@omb.bl.ch

Jahresbericht 2010

Gemäss § 12 des Gesetzes über den Ombudsman vom 23. Juni 1988 lege ich dem Landrat den schriftlichen Bericht über meine Amtstätigkeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2010 vor.

Ich stelle diesen Bericht auch den Gemeinde- und Bürgerräten zu.

Franz Bloch
Ombudsman Baselland

Inhaltsverzeichnis

Allgemeiner Teil

1. Personelles	1
2. Politisches	1
3. Diverses	2

Besonderer Teil

1. Neu eingegangene Geschäfte im 2010	3
2. Bearbeitung der Geschäfte im 2010	6
3. Probleme und Anliegen der Ratsuchenden im 2010	9

Dank	19
-------------	----

Allgemeiner Teil

1. Personelles

1.1. Personalbestand der Ombudsstelle

Der Sollstellen-Etat der Ombudsstelle Baselland blieb mit 200 Stellenprozenten auch im Berichtsjahr und somit seit deren Schaffung im Jahre 1989 derselbe.

1.2. Birgitta Rebsamen - Neue Stellvertreterin des Ombudsmann

Aufgrund der im Rahmen der Revision des Ombudsmanngesetzes im Jahre 2009 beschlossenen neuen Stellvertretungsregelung hat der Landrat am 28. Januar 2010 Frau Birgitta Rebsamen zur ständigen Stellvertreterin des Ombudsmann für die Amtsperiode vom 1. April 2010 bis 31. März 2014 gewählt. Frau Rebsamen ist Juristin und ausgebildete Mediatorin. Die Stellvertreterin des Ombudsmann wird bei längerer Abwesenheit und in Fällen von Befangenheit des Ombudsmann tätig und hat die gleichen Aufgaben und Befugnisse.

2. Politisches

Fehlende Ombudsstelle für das Alter?

Ich werde in letzter Zeit vermehrt mit Fragen und Problemen im Zusammenhang mit der Unterbringung betagter Menschen in Alters- und Pflegeheimen angegangen. Dabei muss ich den Ratsuchenden jeweils mitteilen, dass der Ombudsmann für die Alters- und Pflegeheime im Kanton Basel-Landschaft nicht zuständig ist und dass es im Gegensatz zum Nachbarkanton Basel-Stadt auch keine eigene Ombudsstelle für Altersfragen gibt. Aufgrund der aktuellen demographischen Entwicklung gehe ich davon aus, dass in Zukunft Fragen und Probleme im Zusammenhang mit der Unterbringung betagter Menschen in Alters- und Pflegeheimen wohl zunehmen werden und dass dafür eine spezielle Ombudsstelle auch im Kanton Basel-Landschaft durchaus

Sinn machen würde. Die politische Diskussion dazu wurde vor einigen Jahren im Zusammenhang mit am 1. Januar 2006 in Kraft getretenen Gesetz über die Betreuung und Pflege im Alter bereits einmal geführt. Im damaligen regierungsrätlichen Gesetzesentwurf war vorgesehen, dass der Vollzug dieses Gesetzes dem Wirkungsbereich der kantonalen Ombudsstelle und den übrigen Bestimmungen des Gesetzes über den Ombudsman unterstehen sollte, was dann aber in der parlamentarischen Beratung ersatzlos verworfen wurde.

3. Diverses

3.1. Neue Ombudsstelle des Kantons Zug – Neue Ombudsfrau

Nachdem im Kanton Zug im Jahre 2003 das Pilotprojekt „Vermittler in Konfliktsituationen“ gestartet wurde und sowohl der Regierungsrat als auch der Kantonsrat die Erfahrungen aus dem Pilotprojekt über alle politischen Parteien hinweg positiv aufnahmen, hat der Zuger Kantonsrat am 27. Mai 2010 das neue Zuger Ombudsmangengesetz verabschiedet und das Pilotprojekt somit durch eine ordentliche parlamentarische Ombudsstelle abgelöst. Zur neuen Ombudsfrau und Nachfolgerin des altershalber zurück getretenen Vermittlers in Konfliktsituationen, Beat Gsell, wurde Katharina Landolf gewählt.

3.2. Teilnahme an Fachtagungen und Weiterbildungsveranstaltungen

Im Berichtsjahr konnte ich an den folgenden Fachtagungen und Weiterbildungsveranstaltungen teilnehmen:

- Weiterbildungstagung der Vereinigung der parlamentarischen Ombudspersonen der Schweiz VPO⁺ vom 3. Februar in Zürich zum Thema „Umgang mit Rassismus und Mehrfachdiskriminierung“
- Jahrestagung der Basellandschaftlichen Richtervereinigung vom 9. Juni auf dem Leuenberg

- Jahresversammlung der VPO⁺ vom 23. November in Zürich mit der Verabschiedung des Kollegen Beat Gsell (Vermittler in Konfliktsituationen des Kantons Zug) und Begrüssung der neuen Kollegin Katharina Landolf (Ombudsfrau des Kantons Zug)

Alle Jahre wieder bin ich dankbar für die Arbeitstreffen mit meinen Amtskolleginnen und -kollegen der VPO⁺. Diese ermöglichen einen vertiefteren Erfahrungsaustausch, der mir hilft, meine im eigenen Wirkungskreis doch recht „einsame“ Tätigkeit immer wieder neu zu hinterfragen und wenn möglich zu verbessern. Näheres zur Vereinigung der parlamentarischen Ombudspersonen der Schweiz findet sich unter www.ombudsman-ch.ch im Internet.

Besonderer Teil

1. Neu eingegangene Geschäfte im 2010

1.1. Allgemeine Geschäftsstatistik

Jahr	Eingegangene Geschäfte	Abgeschlossene Geschäfte	Pendente Geschäfte	Telefonische Anfragen*
2005	278	276	28	217
2006	256	266	21	214
2007	250	248	23	210
2008	288	287	24	248
2009	295	294	25	319
2010	301	317	9	296

* Ombudsman nicht zuständig; Weiterverweisung an zuständige Stellen

1.2. Herkunft der Geschäfte nach Privatpersonen und jur. Personen

Jahr	Eingegangene Geschäfte	Natürliche Personen	Juristische Personen
2005	278	275	3
2006	256	251	5
2007	250	245	5
2008	288	277	11
2009	295	291	4
2010	301	294	7

1.3. Herkunft der Geschäfte nach verwaltungsexternem und verwaltungsimernem Bereich

Jahr	Eingegangene Geschäfte	Extern	Intern
2005	278	234	44
2006	256	220	36
2007	250	205	45
2008	288	248	40
2009	295	254	41
2010	301	252	49

1.4. Herkunft der Geschäfte nach Bezirk (Wohnort)

Jahr	Eingegangene Geschäfte	Arlesheim	Laufen	Liestal	Sissach	Waldenburg	Andere
2005	278	99	15	71	41	16	36
2006	256	86	17	71	31	14	37
2007	250	79	21	79	22	16	33
2008	288	102	18	68	28	20	52
2009	295	102	27	70	30	22	44
2010	301	98	25	78	33	22	45

1.5. Bezug der Geschäfte zu (Mehrfachnennungen möglich)

Jahr	Eingegangene Geschäfte	Staat	Gerichte	Gemeinden	Andere
2005	278	159	17	89	27
2006	256	130	7	96	30
2007	250	135	11	86	27
2008	288	157	10	86	39
2009	295	143	12	120	30
2010	301	170	8	111	29

1.6. Bezug der Geschäfte zu den Kantonalen Direktionen

(Mehrfachnennungen möglich)

Die 170 Geschäfte, die staatliche (kantonale) Verwaltungsstellen betrafen, verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Direktionen (in Klammern die Zahlen aus dem Vorjahr):

Direktion	Geschäfte		Extern		Intern	
Bildungs-, Kultur- & Sportdirektion	26	(10)	14	(6)	12	(4)
Bau- & Umweltschuttdirektion	22	(11)	15	(9)	7	(2)
Finanz- & Kirchendirektion	32	(35)	29	(32)	3	(3)
Sicherheitsdirektion	55	(58)	53	(52)	2	(6)
Volkswirtschafts- & Gesundheitsdirektion	32	(31)	16	(20)	16	(11)

1.7. Bezug der Geschäfte zu den Gemeinden (Mehrfachnennungen möglich)

Die 111 Geschäfte aus den Gemeinden betrafen folgende Behörden (in Klammern die Zahlen aus dem Vorjahr):

Behörde	Geschäfte		Extern		Intern	
Gemeinderat (inkl. Gemeindeverwaltung)	46	(58)	40	(46)	4	(12)
Vormundschaftsbehörde	8	(12)	7	(12)	0	(0)
Sozialhilfebehörde (inkl. Sozialdienst)	48	(41)	46	(41)	0	(0)
Primarschulrat (inkl. Schulleitung)	10	(9)	8	(3)	2	(6)
Bürgergemeinde	2	(1)	2	(1)	0	(0)

2. Bearbeitung der Geschäfte im 2010

2.1. Reaktionszeit bei den im 2010 neu eingegangenen 301 Geschäften

In den 301 im Berichtsjahr eingegangenen Geschäften wurden 133 persönliche Erstbesprechungen vereinbart und zwar:

Persönliche Erstbesprechung	Fälle	in %
Sofort, am gleichen Tag	15	11.1
Innert 1 Arbeitstag	21	15.6
Innert 2 Arbeitstagen	12	8.9
Innert 3 Arbeitstagen	10	7.4
Innert 4 Arbeitstagen	11	8.1
Innert 5 Arbeitstagen	12	10.3
Innert mehr als 5 Arbeitstagen	52	38.5

Insgesamt war also in 83 von 135 Fällen eine Erstbesprechung innerhalb von 5 Arbeitstagen seit Eingang des Geschäftes möglich. Das entspricht einem Prozentsatz von 61.5% (Vorjahr 77.3%).

In insgesamt 113 im Berichtsjahr eingegangenen Geschäften war prima vista keine persönliche Besprechung angezeigt. Eine Reaktion/Rückmeldung durch den Ombudsman (schriftlich oder telefonisch) erfolgte:

Reaktion/Rückmeldung (schriftlich/telefonisch)	Fälle	in %
Sofort, am gleichen Tag	23	26.1
Innert 1 Arbeitstag	24	27.3
Innert 2 Arbeitstagen	10	11.3
Innert 3 Arbeitstagen	6	6.8
Innert 4 Arbeitstagen	7	8.0
Innert 5 Arbeitstagen	10	11.3
Innert mehr als 5 Arbeitstagen	8	9.1

In insgesamt 80 von 113 Fällen erfolgte also eine Reaktion/Rückmeldung durch den Ombudsman innert 5 Arbeitstagen, was einem Prozentsatz von rund 71% entspricht (Vorjahr 90%). Bei den restlichen 55 im Berichtsjahr ein-

gegangenen Geschäften waren weder eine persönliche Erstbesprechung beim Ombudsman noch dessen Reaktion/Rückmeldung nötig bzw. angezeigt. Diese Geschäfte erledigten sich zumeist im Rahmen des ersten ausführlichen telefonischen Kontaktes der Ratsuchenden mit dem Ombudsman.

2.2. Beratungs- und Vermittlungstätigkeit im 2010

(in Klammern Zahlen im 2009 und 2008)

Persönl. Besprechungen mit ratsuchenden Personen	201	(205)	(192)
Telefon. Besprechungen mit ratsuchenden Personen	423	(430)	(415)
Persönliche Besprechungen mit Verwaltungsstellen	16	(15)	(13)
Telefon. Anfragen/Besprechungen mit Verwaltungsstellen	120	(135)	(126)
Schriftlich eingeholte Auskünfte/Stellungnahmen von Verwaltungsstellen	98	(102)	(115)
Augenscheine vor Ort mit beiden Parteien gemeinsam	5	(2)	(0)
Vermittlungsgespräche mit beiden Parteien gemeinsam	6	(7)	(2)
Rein schriftliche Beantwortung schriftlicher Anfragen	40	(30)	(22)
Telefonische Anfragen (Ombudsman nicht zuständig)	296	(319)	(248)

2.3. Verfahrensdauer bei den im 2010 abgeschlossenen 317 Geschäften

Nachfolgende Aufstellung gibt die Verfahrensdauer zwischen Eingang (meist telefonische Anmeldung für eine Besprechung) und definitiver Erledigung eines Geschäftes in Kalendertagen (T) wieder.

Dauer	1-5 T	6-10 T	11-30 T	31-60 T	61-90 T	91-180 T	über 180 T
Fälle	99	35	74	55	19	27	8
In %	31.2	11.0	23.3	17.4	6.0	8.5	2.5

Rund 83% aller 317 im Berichtsjahr abgeschlossenen Geschäfte konnten innerhalb von zwei Monaten erledigt werden (im Vorjahr rund 77%).

2.4. Art der Erledigung

§ 10 des Baselbieter Ombudsmangengesetzes sieht für die Erledigung der an den Ombudsman herangetragenen Geschäfte Folgendes vor:

Der Ombudsman kann

- dem Gesuchsteller für sein weiteres Verhalten Rat erteilen;
- die Angelegenheit mit den Behörden besprechen;
- eine schriftliche Empfehlung zuhanden der beteiligten Behörden abgeben.

In 266 oder rund 84% der im Berichtsjahr erledigten 317 Geschäfte fanden eine oder mehrere persönliche oder telefonische Besprechungen/Beratungen mit den Ratsuchenden statt. Dabei kam es in 160 Geschäften (50%) zu keinem Kontakt zwischen dem Ombudsman und der Verwaltung; der Ombudsman konnte es jeweils bei einer Beratung in formeller und/oder materieller Hinsicht belassen bzw. die Ratsuchenden wünschten explizit keine Kontaktaufnahme des Ombudsman mit der Verwaltung.

In 128 Geschäften (40%) verlangte der Ombudsman auf Wunsch der Ratsuchenden in schriftlicher und/oder mündlicher/telefonischer Form Auskunft von der Verwaltung. In 11 Fällen fand eine gemeinsame, klärende Besprechung zwischen den Ratsuchenden und der Verwaltung unter der Leitung des Ombudsman statt. In 6 Fällen führten die Abklärungen zu mündlichen Empfehlungen an die Verwaltung. Schriftliche Empfehlungen wurden im Berichtsjahr keine abgegeben.

In 51 erledigten Geschäften (16%) fand keine persönliche Besprechung/Beratung durch den Ombudsman statt. 30 davon wurden schriftlich erledigt, ohne Kontaktaufnahme mit der Verwaltung; 8 wurden nach vorgängigem Kontakt mit der Verwaltung auch schriftlich erledigt; weitere 13 erledigten sich durch Rückzug durch die Ratsuchenden, bevor es zu einer persönlichen Besprechung/Beratung kommen konnte.

3. Probleme und Anliegen der Ratsuchenden im 2010

Die nachfolgende stichwortartige Auflistung soll aufzeigen, mit welchen Problemen und Anliegen sich rat- und hilfesusuchende Personen im Berichtsjahr an den Ombudsman gewandt haben. Dabei möchte ich aber ausdrücklich festhalten, dass sich im Verlauf der Fallbehandlung immer wieder zeigt, dass das primäre Anliegen, weswegen der Ombudsman angegangen wird, gar nicht der zentrale Punkt oder nur ein Teil des Problems ist. Vielmehr kann dahinter ein anderes stecken, das dann allenfalls anzugehen ist, vorausgesetzt die Zuständigkeit des Ombudsman ist gegeben.

Die Auflistung der Geschäfte ist nach deren Herkunft in verwaltungsexterne (= ratsuchende Person kommt von ausserhalb der Verwaltung) und verwaltungsinterne (= ratsuchende Person arbeitet in der Verwaltung) gegliedert.

3.1. Verwaltungsexterne Geschäfte - Staat

Sicherheitsdirektion SID

Polizei

- Mit Ausweisenzug und angeordneter Blutprobe nicht einverstanden
- Führerausweisenzug; schleppendes Verfahren bei Begutachtung
- Moniert Verhalten eines Polizisten anlässlich einer Polizeikontrolle und akzeptiert Anordnung eines Sehtests nicht
- Probleme wegen einer Zubringerstrasse
- Schleppende Behandlung von Beschwerden gegen Ordnungsbussen
- Sicherungszug des Führerausweises wegen angeblicher Alkoholprobleme
- Polizei gibt beschlagnahmte Gegenstände nicht zurück
- Fühlt sich von der Polizei genötigt und unter Druck gesetzt
- Beleidigende Behandlung wegen eines unbegründeten Verdachts und danach keine Entschuldigung
- Mit angedrohtem Führerausweisenzug nicht einverstanden
- Problem mit Umwandlung einer Busse in Freiheitsstrafe, die aus gesundheitlichen Gründen nicht angetreten werden kann
- Rassistische Behandlung bei Personenkontrolle
- Beschwerde gegen Führerausweissicherungszug abgewiesen
- Polizei nimmt Anzeige gegen Vermieter nicht entgegen
- Möchte seine drei von der Polizei Basel-Landschaft beschlagnahmten Pistolen wieder ausgehändigt erhalten
- Polizei treibe Busse auf seinem Firmengelände ein, obwohl er Einsprache erhoben habe

- Unangemessene Anordnung einer Blutprobe bei ihrem volljährigen Sohn
- Befremden über den Ablauf in einem Ordnungsbussenverfahren
- Wartet seit über einem Jahr auf die Rückgabe des entzogenen Führerscheins
- Unverhältnismässiger Polizeieinsatz in einer Asylunterkunft
- Ist mit Gutachten betr. Administrativmassnahmen nicht einverstanden
- Diskriminierung älterer Menschen betreffend ihrer Fahrtauglichkeit

Andere SID-Bereiche

- Schleppende Behandlung einer Anfrage
- Schikane bei Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung
- Unzufrieden mit dem Vorgehen und Verhalten eines Betreibungsamtes
- Anfrage an ein Zivilstandsamt wird nicht beantwortet
- Probleme mit Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung
- Unverständlich hohe Gebühren bei der Motorfahrzeugkontrolle
- Betreibungsamt behauptet, dass Rechtsvorschlag nicht fristgemäss eingereicht wurde
- Schleppende Behandlung eines Gesuches um Verlängerung der B-Bewilligung
- Beschwerde gegen Nichterteilung der kantonalen Einbürgerungsbewilligung
- Willkürliche Behandlung beim Einlösen eines Autos
- Schlechte Beratung durch Amtsnotariat
- Probleme in einem Verzeigungsverfahren
- Probleme mit Motorfahrzeugprüfstation wegen amtlicher Dokumente
- Aufenthaltsbewilligung immer noch ausstehend trotz positivem Beschwerdeentscheid des Regierungsrates
- Verletzung des rechtlichen Gehörs durch eine Bezirksschreiberei
- Einbürgerungsgesuch abgelehnt
- Schleppendes Verfahren betreffend Familiennachzug
- Antrag auf Erweiterung einer Eingrenzungsverfügung wird abgelehnt
- Fühlt sich durch Betreibungsamt in seinen Menschenrechten verletzt
- Neulenklerin bekommt Führerausweis ohne Vermerk „auf Probe“; Motorfahrzeugkontrolle bemerkt Irrtum und stellt einen neuen korrigierten Führerausweis aus
- Nicht einverstanden mit der Veräusserung einer von der Erbengemeinschaft ausgeschlagenen Liegenschaft durch ein Erbschaftsamt
- Probleme mit Akteneinsicht
- Garagennummer für Autos nicht bewilligt
- Bekommt nach Kantonswechsel die neue C-Bewilligung (noch) nicht
- Unzufrieden mit Dienstleistung eines Betreibungsamtes
- Amt für Migration lasse Sohn nicht einreisen
- Probleme mit Familiennachzug (Ehefrau) wegen Verkehrsdelikten
- Gesuch um Wiedererwägung und Aufhebung der Eingrenzungsverfügung wird ohne formelle Verfügung abgelehnt
- Schleppende Behandlung einer Verurkundung eines Kaufvertrages
- Schleppendes Konkursverfahren
- Fühlt sich wegen Portokosten für neuen Pass und ID betrogen

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion VGD

KIGA/RAV

- Mit Arbeitslosentaggeldabrechnung nicht einverstanden
- Klage über Beamten- und Behördenwillkür in einem RAV
- Schleppende Behandlung einer Einsprache
- Warte seit 4 Monaten auf einen Entscheid der Arbeitslosenkasse
- Kürzung der Arbeitslosentaggelder und drohende Rückforderung
- Durch wiederholte Fehler des Sachbearbeiters erhalte er sein Arbeitslosentaggeld falsch, zu spät oder gar nicht
- Drohende Einstelltag nach Kündigung der Arbeitsstelle durch die Arbeitnehmerin aus psychischen Gründen
- Einstelltag wegen Abbruch einer arbeitsmarktlichen Massnahme

Andere VGD-Bereiche

- Ablehnung eines Gesuches um Befreiung vom KV-Obligatorium
- Massive gesundheitliche Probleme nach Operation; Abschiebung der Verantwortung der Ärzte ans Pflegepersonal
- Antrag auf Kostengutsprache für Aufenthalt in auswärtigem Kantonsspital wurde abgelehnt
- Wünscht Klärung von Missverständnissen in einem Gutachten
- Mit Tax-Ordnung eines Kantonsspitals nicht einverstanden
- Schleppende Behandlung einer Beschwerde gegen einen Gemeinderatsentscheid
- Kanton will Rechnung für notfallmässigen ausserkantonalen Spitalaufenthalt nicht übernehmen
- Krankenkassenrückwechsel (von CH nach D) von Grenzgänger wird verweigert

Finanz- und Kirchendirektion FKD

Steuerverwaltung (inkl. Steuererlass)

- Fragen rund um den Steuererlass
- Problem mit Steuerverwaltung wegen Abzugsfähigkeit von Renovationskosten (Investitionskosten)
- Probleme mit Quellensteuer
- Nach viel zu hoher amtlicher Einschätzung Einsprachefrist verpasst
- Mit Verzugszinsen nicht einverstanden, da Steuerrechnung ohne Verschulden zu spät bezahlt wurde
- Einsprachefrist verpasst; nicht einverstanden damit, dass nichts mehr zu machen ist, obwohl offensichtlicher Fehler bei Veranlagung
- Mit Strafsteuer nicht einverstanden
- Mit Behandlung im Steuererlassverfahren nicht einverstanden
- Ablehnung des Teilzahlungsgesuches betr. Staats- und Bundessteuer
- Habe eingeschriebene Mahnung betr. Steuern für das Jahr 2006 erhalten, obwohl sie im 2007 mündlich um Steuererlass ersucht habe
- Revisionsantrag wurde durch Steuerverwaltung abgelehnt, obwohl der Fehler -

- nicht korrekter Lohnausweis - beim Arbeitgeber liege
- Zu hohe Einschätzung für in England wohnende und in der Schweiz angemeldete Eheleute; Einsprachefrist verpasst
- Auf schriftliche Bitte um Stundung der Gemeinde- und Kantonssteuern für die Jahre 2005 + 2006 werde lediglich mit Mahnungen reagiert
- Möchte Stundung oder Steuererlass
- Steuerprobleme wegen getrennt lebendem Ehegatten
- Von Steuerverwaltung vorgeschlagene Ratenzahlung sei zu hoch
- Drohende Betreibung für Steuerbusse und Nachsteuern
- Mit amtlicher Einschätzung nicht einverstanden
- Probleme wegen Fehlern des Steuerberaters
- Steuerschulden trotz Konkurs
- Mit Steuerrechnung betr. Kapitalauszahlung BVG nicht einverstanden
- Steuerpflicht trotz IV und EL
- Fehlender Überblick über die letztjährigen Steuerabrechnungen
- Steuererlassgesuch abgelehnt

Andere FKD-Bereiche

- Rückwanderung aus Portugal in die Schweiz; Sozialhilfe für Auslandschweizer
- Probleme bei der Alimentenbevorschussung
- Muss Kanton Deutschunterricht für Asylsuchende anbieten und Kosten dafür tragen?
- Fragen zur Rückforderung von bevorschussten Alimenten
- Rückforderung von Sozialhilfegeldern wegen Schenkung einer Wohnung

Bau- und Umweltschutzdirektion BUD

- Willkürliche Behandlung durch das Bauinspektorat.
- Überprüfung einer Deponie, schleppendes Verfahren
- Baugesuch kann erst nach Rechtskraft der neuen Zonenvorschriften behandelt werden
- Willkürliche Auslegung des Baugesetzes; arrogante Behandlung
- Fragliche Vorgehensweise des Bauinspektorates bei einem Baugesuch
- Gleicher Sachverhalt aber völlig diametral entgegenstehende Entscheide der Baurekurskommission
- Willkürlich errechnete Kosten für Aufwendungen des Bauinspektorats
- Problem mit Bauinspektorat wegen erteilter Baubewilligung für den Nachbarn
- Lärmimmission durch Wärmepumpe im Nachbarhaus
- Bekommt nur unzureichende Antwort auf schriftliche Anfrage
- Keine Berücksichtigung bei Submissionsverfahren
- Widersprüchliches Verhalten des Bauinspektorates
- Unkorrekte Vorgänge im Zusammenhang mit Baurechtsvertrag mit dem Kanton
- Verweigerung der Akteneinsicht bzw. –herausgabe

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion BKSD

- Willkürliche Behandlung durch eine Dienststellenleitung
- Platzierung eines Schülers in Privatschule der Sekundarstufe I
- Nichtgewähren der Wiederholung der 1. Sekundarschulklasse
- Keine finanziellen Beiträge für Kunstprojekte
- Mobbing und Drohung durch Lehrperson
- Klage über Schulbetrieb
- Wartet seit Monaten auf den Entscheid betr. Ausbildungsbeiträge
- Mit Beförderungsentscheid für ihren Sohn nicht einverstanden
- Mündliche Kostengutsprache für Internat für ADHS-Kind wird dementiert
- Sohn bekommt keine Stipendien und versteht nicht warum
- Mit Disziplinarmaßnahmenregelung nicht einverstanden
- Unverhältnismässige Gefährdungsmeldung durch Schulleitung
- 15-jährige Tochter werde in der Schule zu wenig gefördert
- Drohender Schulausschluss aus der WMS für 18-jährigen Sohn

3.2. Verwaltungsexterne Geschäfte - Gemeinden

Einwohnergemeinde/Gemeinderat/Gemeindeverwaltung/Primarschulrat

- Nächtliches Dauerparkieren/Laternengebühr
- Planverfahren für eine Gemeindestrasse verlaufe nicht korrekt
- Wurde ohne definitive Steuerrechnung betrieben und will nun schriftliche Entschuldigung vom Gemeinderat
- Probleme mit Gemeinderat wegen Schulort von Tagesaufenthaltskindern
- Lärmbelästigung durch Baustelle eines Nachbarn
- Entlang seiner Parzelle soll ein Trottoir durch Gemeinde erstellt werden
- Zahlungsaufforderung für Steuerschuld trotz Verlustscheinen
- Zweimal auf derselben Gemeindestrasse zu derselben Zeit geblitzt
- Problem mit Verhalten des Gemeindepräsidenten in einem Nachbarstreit
- Probleme mit Vorteilsbeiträgen
- Schleppendes Verfahren bei der Überprüfung einer Deponie
- Gemeinderat unternimmt nichts gegen Hundehalter, die ihre Hunde frei laufen und Wild reissen lassen
- Keine Antwort des Gemeinderates auf Reklamegesuch
- Will Entschuldigung für schlechte Behandlung
- Zusätzliches Anbringen einer Hausnummer an Garage
- Wurde vom Gemeinderat wegen angeblicher Umweltverschmutzung gebüsst
- Kann sich nicht als Wochenaufenthalterin anmelden
- Baugesuch aus Gründen abgelehnt, auf die im Vorfeld nicht hingewiesen wurde
- Einsprache gegen neuen Bau- und Strassenlinienplan
- Gemeinderat verweigert Kopien von aufgelegtem Plan
- Wird die Nutzungsziffer seines Grundstückes durch Enteignung von 8 m² Land durch bestehendes Gebäude überschritten?
- Mit Schulhauseinteilung des Kindes nicht einverstanden
- Konflikt zwischen Primarschulleitung und Eltern wegen eines Lehrers
- Parzelle wurde vor 35 Jahren nicht an die öffentliche Kanalisation angeschlossen

- obwohl Anschlussgebühren bezahlt wurden
- Fühlt sich von Gemeindepolizisten schikaniert
 - Gemeinde akzeptiert Doppelnamen für Stimmaterial nicht, obwohl amtlich
 - Enorme Lärmimmission durch Baustelle
 - Gemeinderat toleriert Nichteinhaltung der Nachtruhe gemäss Polizeireglement
 - Probleme mit Einschulung des Sohnes in eine Einführungsklasse
 - Umstrittene Vergabep Praxis bei Abfallentsorgung
 - Gesuch für Container mit Sickerwasserableitung wird nicht beantwortet
 - Wiederanmeldung durch Gemeindeverwaltung in Gemeinde gegen den Willen des Betroffenen
 - Wegen Gemeindestrassensanierung werden 10 cm vom Hausplatz weggenommen
 - Darf der Gemeinderat eine Gebührenordnung erlassen?
 - Abmeldung durch Gemeindeverwaltung wegen Obdachlosigkeit nach Wohnungskündigung
 - Gemeinderat mischt sich in nachbarrechtlichen Streit ein
 - Wurde von Gemeindeverwaltung ungefragt zu seiner Mutter abgemeldet
 - Unklarer Aufenthaltsstatus in der Gemeinde
 - Einschüchterung durch Gemeindepräsidenten
 - Hundeanmeldung kostet wegen Kommunikationsproblem bei der Anmeldung Fr. 500.--
 - Gemeinderat verfügt willkürlich eine Ersatzvornahme
 - Klassenlehrerin mischt sich in ungebührlicher Weise in die Abmachung mit der Schulleitung ein
 - Schulleitung verweigert Spezialunterricht für Legasthenie
 - Hochbegabter Sohn bekommt nicht die richtige Förderung
 - Nichtzonenkonformen Bau eines Tankstellen-Shops
 - Nächtliche Lärmbelästigung durch illegale Autorennen auf Parkplatz eines Grossverteilers

Bürgergemeinde

- Versteht ablehnendes Einbürgerungsschreiben nicht
- Nachbarrechtliche Probleme mit Bürgergemeinde

Vormundschaftsbehörde VB

- Probleme mit VB und dem von der VB ernannten Beistand
- Fühlt sich in einem negativen VB-Entscheid verleumdet
- Mit Einmischung der VB in Erziehungsangelegenheiten nicht einverstanden
- Mit Höhe einer VB-Rechnung nicht einverstanden
- Diverse Probleme; will einen anderen Beistand
- Möchte einen neuen Beistand für den 16-jährigen Sohn
- Möchte Klage gegen Beistand einreichen
- Drohender Obhutsentzug

Sozialhilfebehörde SHB (inkl. Soziale Dienste)

- Androhung einer Kürzungsverfügung
- Rückforderung wegen zu Unrecht bezogener Sozialhilfegelder
- Sistierung der Sozialhilfeleistungen
- SHB lehnt Unterstützung wegen örtlicher Unzuständigkeit ab
- Problem bei Rückzahlung zuviel bezogener SH-Unterstützung
- Versteht Sozialhilfeberechnung nicht; schlechte Behandlung durch SHB
- Problem mit SHB wegen Einkommen des Partners
- SH gestrichen mit der unrichtigen Begründung der Arbeitsverweigerung
- KK-Prämienverbilligung als monatliches Einkommen angerechnet, obwohl gar nicht erhalten
- Keine Unterstützung bei der Suche nach einer neuen Wohnung
- Keine Sozialhilfeunterstützung trotz seit längerer Zeit ausstehender Arbeitslosentaggelder
- Trotz mündlicher Zusage der SHB keine Übernahme der Ausbildungskosten
- SHB lehnt Unterstützung ab
- Nicht einverstanden mit Sozialhilfeberechnung; Einsprache erhoben
- Problem mit Abtretung von Pensionskassen-Rente an die SHB
- Drohende Halbierung der Sozialhilfe wegen Umzug zur Freundin
- SHB habe keine Unterkunft für ihn ausser in einem Asylbewerber-Container
- Fehlerhafte Lohnabzüge im Integrationsprogramm
- Ohne schriftliche Verfügung Sozialhilfe gestrichen
- Die IV-EL für Januar bis Mai wird entgegen Auskunft der SHB zurückbehalten, obwohl Sozialhilfeunterstützung erst ab Juni läuft
- Problem mit SHB; will Einsprache gegen Verfügung machen
- Diverse Fragen zur Sozialhilfe
- Probleme mit SHB wegen zu teurer Wohnung
- Zu wenig Sozialhilfe für 4-köpfige Familie
- Schleppende Behandlung eines Antrages auf Sozialhilfe
- Keine Wohnkostenunterstützung wegen Wohneigentum
- Willkürliche Behandlung durch die SHB
- Verzögerung bei SH-Leistung; keine KK-Prämienbezahlung, deshalb auch keine Prämienverbilligung
- Eklat mit den Sozialen Diensten
- SHB wolle ihm zugesprochenen Motivationsbonus wieder streichen
- Werde per sofort keine Leistungen mehr von der SHB erhalten
- Ist mit dem Auszahlungsbetrag für den Monat Februar durch die SHB nicht einverstanden
- SHB will Deutschkurs nicht bezahlen
- Ankündigung einer Rückerstattungsverfügung wegen angeblich unrechtmässigem Bezug sowie einer Strafanzeige
- Tochter erhält nur noch gekürzte Sozialhilfe
- Erhalte SH, dann wieder nicht, und das ohne Verfügung
- Obwohl ihre Beschwerde gutgeheissen wurde, zahle SHB bis anhin nichts
- Ohne Verfügung erhalte er jeden Monat etwas weniger SH-Leistung
- Möchte sich bei OM informieren, ob SHB korrekt handle
- Erhalte keine Sozialhilfe, weil Freundin 200 Franken zu viel verdiene

- Rückforderung von erhaltenen SH-Leistungen
- SH-Zahlungen wegen IV-Entscheid eingestellt und Verweigerung der Akteneinsicht bei der IV-Stelle
- Probleme mit Auszahlungen der Sozialhilfe
- SH gestrichen, weil sie nach der Lehre eine Berufsmatur macht
- Einstellung der SH, weil er sich weigere, IV zu beantragen
- Zögerliche Anhandnahme eines Antrages auf Sozialhilfeunterstützung
- Rückforderung wegen zu Unrecht bezogener Unterstützungsgelder
- Aufschiebende Wirkung bei Einsprache gegen Kürzung der Unterstützung wird nicht beachtet

3.3. Verwaltungsexterne Geschäfte - Gerichte

- Kann Busse und Verfahrenskosten nicht bezahlen
- Fragen zu Strafbefehl und Erfolgschancen bei Einsprache dagegen
- Nicht korrekte Behandlung durch einen Untersuchungsrichter
- Untersuchungsverfahren ohne Anhörung
- Werde ständig vertröstet betr. Herausgabe von beschlagnahmten Sachen
- Angeblich Urteil und Einstellung für die gleiche Strafsache
- Hat den Durchblick in einem Verzeigungsverfahren verloren
- Fragen zu Aufgaben und Kompetenzen eines Friedensrichters
- Betreibung wegen ungerechtfertigtem Kostenentscheid
- Rechtsverzögerung bei einem Strafverfahren

3.4. Verwaltungsexterne Geschäfte – Andere Institutionen

Sozialversicherungsanstalt

- IV-Rente und EL; befürchtet diverse Manipulationen durch diverse Stellen mit seiner Unterschrift
- Keine Krankenkassenprämienverbilligung wegen Prämienausständen
- IV-Antrag; mit Vorbescheid nicht einverstanden wegen Invaliditätsgrad und geschätztem zumutbarem Erwerbseinkommen
- Sieht nicht ein, weshalb ein Kaufvertrag betreffend eines Hausverkaufes der Sozialversicherungsanstalt eingereicht werden muss
- Schleppende Behandlung eines Antrages auf Kinderzulagen
- EL: Schleppende Behandlung eines Antrages auf Übernahme der Zahnarztkosten für Notfallbehandlung
- Mit EL-Ablehnung nicht einverstanden
- Keine Prämienverbilligung wegen Kantonswechsel
- Schikanöse IV-Abklärung; schleppende Behandlung des IV-Antrages
- Ausstehende Rentenzahlung wegen verspäteter Formulareinreichung
- EL: Ablehnung der Übernahme der Zahnarztkosten für Notfallbehandlung
- Fragen zur AHV-Rentenberechnung
- Erhält keine Kinderzulagen von der Familienausgleichskasse
- Prämienverbilligung für seine Partnerin sei ohne Grund ab Mai 2010 eingestellt worden.

- Schleppende Behandlung seines IV-Antrages
- Erwerbstätigkeit nach ordentlicher Pensionierung mit 64: Einfluss der nach 64 geleisteten AHV-Beiträge auf Rentenhöhe
- Probleme mit Krankenkassenprämienverbilligung
- Nachforderung von AHV-Beiträgen in der Höhe von rund Fr. 52'000 von Ausgleichskasse erhalten
- IV-Rente reiche nicht zum Leben

Weitere Institutionen (Ombudsman zuständig)

- Schleppende Schadenregulierung nach Wasserschaden
- Mit Leistungsvorbehalt der Pensionskasse nicht einverstanden
- Rückforderung der Basellandschaftlichen Pensionskasse
- Mit Brandschutzaufgaben nicht einverstanden

Weitere Institutionen (Ombudsman nicht zuständig)

- Pflorgetaxerhebung bei Abwesenheit in Alters- und Pflegeheim
- Witwenrente für geschiedene Frau wird wieder aufgehoben
- Kein persönliches Hab und Gut mehr nach Haftentlassung
- Probleme mit Spitex
- Probleme am Arbeitsplatz
- Asylbewerber beklagt Menschenrechtsverletzung in anderem Kanton

3.5. Verwaltungsinterne Geschäfte (Personalfälle) – Staat

- Arbeitsrechtliche Belange; Änderungskündigung
- Drohende Kündigung im Krankheitsfall und üble Nachrede in Dienststelle
- Teilweise Rückforderung der Kosten für eine Ausbildung
- Änderungskündigung droht
- Hat wegen Problemen mit Vorgesetztem gekündigt
- Probleme am Arbeitsplatz; mit Mitarbeitergespräch nicht einverstanden; Mobbing
- Mobbing; mobbende Person wird neuer Vorgesetzter
- Wird von Dienststellenleiter schriftlich beschuldigt, ihm einen anonymen Brief geschrieben zu haben
- Neuer Chef drangsaliert ein ganzes Team
- Fühlt sich von direkter Vorgesetzten gemobbt
- Mit der Ansetzung einer Bewährungsfrist nicht einverstanden
- Monatlanges Warten auf Austrittszeugnis
- Nicht einverstanden mit Nichtanstieg der Lohnklasse bzw. Erfahrungsstufe
- Kündigung ohne Vorwarnung, da wegen Unfall seit 180 Tage krank geschrieben
- Mit Vorgehensweise bei Kündigung nicht einverstanden
- Unzufrieden über den Betrieb in einer Dienststelle
- Probleme mit Teamleiter
- Probleme am Arbeitsplatz wegen Umstrukturierungen
- Fühlt sich in zu tiefer Lohnklasse eingereiht
- Willkür durch den Amtsleiter

- Werde sei geraumer Zeit gemobbt und nun sei ihr gekündigt worden
- Arbeitgeber verlangt Urlaubsgesuch für einen stationären Spitalaufenthalt wegen einer nötigen Operation
- Fühlt sich unverhältnismässig behandelt durch seine Vorgesetzten
- Probleme mit befristetem Arbeitsvertrag und Kürzung des Pensums
- Erkundigt sich nach Vorgehensweise betr. Mitarbeitergespräch
- Kündigung während Schwangerschaft
- Fragen zu Arbeitsvertrag und Lohn
- Probleme am Arbeitsplatz (Mobbing durch „Hinter-dem-Rücken-Gerede“)
- Probleme mit dem Arbeitgeber wegen reduzierter Weiterbeschäftigung nach Schwangerschaftsurlaub
- Probleme mit Mitarbeiter und Chef; schlechtes Mitarbeitergespräch
- Gesuch für Kurzurlaub ohne Rechtsmittelbelehrung abgelehnt
- Probleme mit neuem Fachstellenleiter im Umstrukturierungsprozess
- Feiertagsentschädigung bei Teilzeitanstellung 80 %
- Merkwürdige Lohnabzüge
- Probleme mit ihrem Vorgesetzten
- Rückstufung um 2 Lohnklassen wegen Pensenreduktion
- Drohende Lohnrückstufung (LK und ES)
- Wie vorgehen bei Rekurs betr. Lohnklasseneinteilung?
- Drohende Kündigung
- Aufgrund krankheitsbedingter Absenzen droht die Kündigung

3.6. Verwaltungsinterne Geschäfte (Personalfälle) – Gemeinden

- Neuer Arbeitsvertrag; Rückstufung; Willkür
- Verweigerung des rechtliches Gehörs durch Gemeinderat als Anstellungsbehörde
- Arbeitsrechtliche Probleme, die bereits in Richtung Mobbing gehen
- Kündigung; Schulrat drängt, eine Vereinbarung zu unterschreiben
- Drohende Entlassung als Schulleiterin durch den Schulrat
- Nicht einverstanden mit Arbeitszeugnis

Dank

Meine Tätigkeit als Ombudsman ist nur erfolgreich möglich, wenn sie auch von allen Seiten akzeptiert wird und die notwendige Unterstützung erhält. Es braucht die Bereitschaft aller Beteiligten, konstruktiv zu Lösungen beizutragen und dabei den eigenen Standpunkt und gewohntes Denken auch in Frage zu stellen.

Auch in meinem siebten Amtsjahr habe ich die Verwaltungsstellen und deren Mitarbeitende im Grossen und Ganzen positiv erlebt. Mir und meiner Arbeit wurde wohlwollend, offen und gesprächsbereit begegnet. Sowohl meine mündlichen als auch schriftlichen Anfragen wurden in der Regel ausführlich und innert nützlicher Frist beantwortet. Ebenso wurde mir bei Bedarf umfassende Akteneinsicht gewährt. Für diese konstruktive Zusammenarbeit sei an dieser Stelle ausdrücklich gedankt.

Ein ebenso grosser Dank gebührt wiederum den rat- und hilfeschuchenden Personen, die sich auch im Berichtsjahr 2010 an die Ombudsstelle Baselland gewandt und damit meinen Mitarbeitenden und mir ein Vertrauen entgegen gebracht haben, das uns ehrt und uns immer wieder Verpflichtung ist.

Zu guter Letzt geht natürlich wie immer auch ein grosses DANKE an meine beiden Mitarbeiterinnen, Evelina Cereghetti und Josy Lachat, für ihren grossen und kompetenten Einsatz im Berichtsjahr.

Der Staat ist für die Menschen da
und nicht die Menschen für den Staat...

Albert Einstein
Physiker
1879 - 1955